

Kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem

- 26.02.2026
- Schaffhauser Nachrichten
- Von Thomas Hurter

Der Bundeshaushalt der Schweiz beläuft sich aktuell auf rund 91 Milliarden Franken. In den kommenden Jahren wird er gemäss Planung auf etwa 98 Milliarden Franken ansteigen. Gleichzeitig wurde das ursprünglich angekündigte Spar-Programm des Bundesrates von knapp drei Milliarden Franken pro Jahr durch die Finanzkommission des Nationalrates auf rund zwei Milliarden zusammengestrichen. Was übrig bleibt, ist einmal mehr ein Mikrosparprogramm von nur rund 2 Prozent, das wir in den kommenden drei Wochen in den Räten behandeln werden! Es ist zu hoffen, dass wenigstens diese Kürzungen durchkommen. Damit wird ein strukturelles Problem deutlich: Die Schweiz hat kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem.

Leider ist das vor allem auf der linken Ratshälfte noch nicht angekommen. Unsere Steuereinnahmen sind stabil, respektive steigend, die Wirtschaft ist leistungsfähig, und die Staatsquote ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen, vor allem durch den Ausbau der Sozialleistungen. Trotzdem reichen die Mittel offenbar nicht mehr aus, um alle politischen Wünsche zu finanzieren. Wenn wir diese Entwicklung nicht korrigieren, wird eine höhere Verschuldung früher oder später zur Realität-trotz Schuldenbremse. Die Konsequenzen tragen die Bürgerinnen und Bürger. Ein Blick über die Landesgrenzen genügt, um zu sehen, wohin eine solche Entwicklung führen kann.

Viele unserer Nachbarländer kämpfen mit hohen Staatsschulden, steigenden Zinslasten und eingeschränktem finanzpolitischem Handlungsspielraum. Die Konsequenzen tragen immer die Bürgerinnen und Bürger - sei es durch höhere Steuern, Abgaben oder Leistungsabbau. Genau dieses Szenario sollten wir in der Schweiz unbedingt vermeiden. Gerade im Hinblick auf zusätzliche Ausgabenprojekte wie die Finanzierung der 13. AHV-Rente oder weitere Begehrlichkeiten müssen wir uns ehrlich fragen, was wir uns langfristig leisten können.

Jede neue dauerhafte Ausgabe erhöht den strukturellen Druck auf den Bundeshaushalt. Besonders irritierend ist die Haltung, die sich in vielen Zuschriften widerspiegelt, die ich erhalte: «Sparen ja - aber bitte nicht bei mir.» Dieses Denken ist menschlich verständlich, politisch jedoch gefährlich. Ein Staatshaushalt funktioniert nicht nach dem Prinzip individueller Ausnahmen. Wenn gespart werden muss, betrifft es zwangsläufig verschiedene Bereiche.

Die Erwartung, dass immer nur «die anderen» verzichten sollen, hat unser Land nicht stark gemacht. Die Schweiz war erfolgreich, weil sie Verantwortung übernommen hat - generationenübergreifend. Ein gesunder Staatshaushalt ist Grundlage für Stabilität, Wohlstand und Zukunftschancen unserer Jugend. Wer heute strukturelle Defizite zulässt, verschiebt die Lasten aufkommende Generationen. Zeitliche Befristung geht oft vergessen. In den vergangenen Jahren haben wir alle sehr gut gelebt.

Nun ist es an der Zeit, selbst einen Beitrag zu leisten. Der Staat muss sich wieder stärker auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Einfach reflexartig die Mehrwertsteuer zu erhöhen, ist sicher kein guter Vorschlag und gehört an den Absender zurück. Auch einer temporären Erhöhung kann ich wenig abgewinnen. Wir haben genügend Beispiele, dass die zeitliche Befristung oft vergessen geht.

Zusätzliche Einnahmen lösen das strukturelle Problem nicht, sondern kaschieren es höchstens kurzfristig. Es ist wie im privaten Haushalt: Wenn das Portemonnaie knapper wird, überlegt man zuerst, auf welche Ausgaben man verzichten kann. Zusatzeinnahmen kommen - wenn überhaupt erst in zweiter Linie in Frage. Genau diesen Grundsatz sollten wir auch auf Bundesebene anwenden. Wenn wir unseren Wohlstand, unsere Stabilität und unsere

Handlungsfähigkeit bewahren wollen, müssen wir den Mut haben, Ausgaben kritisch zu hinterfragen und konsequent zu priorisieren.

Leider auch solche, die wir gerne getätigt hätten. In diesem Sinne können wir gespannt auf die kommenden Beratungen in Bern schauen. Ein gesunder Staatshaushalt ist keine Ideologie, sondern Vernunft. Und Vernunft ist die beste Investition in die Zukunft unseres Landes.